Raubbau an den Ressourcen

Nachhaltigkeitsrat nimmt ökologischen Fußabdruck unter die Lupe und plädiert für alternative Konsumgewohnheiten

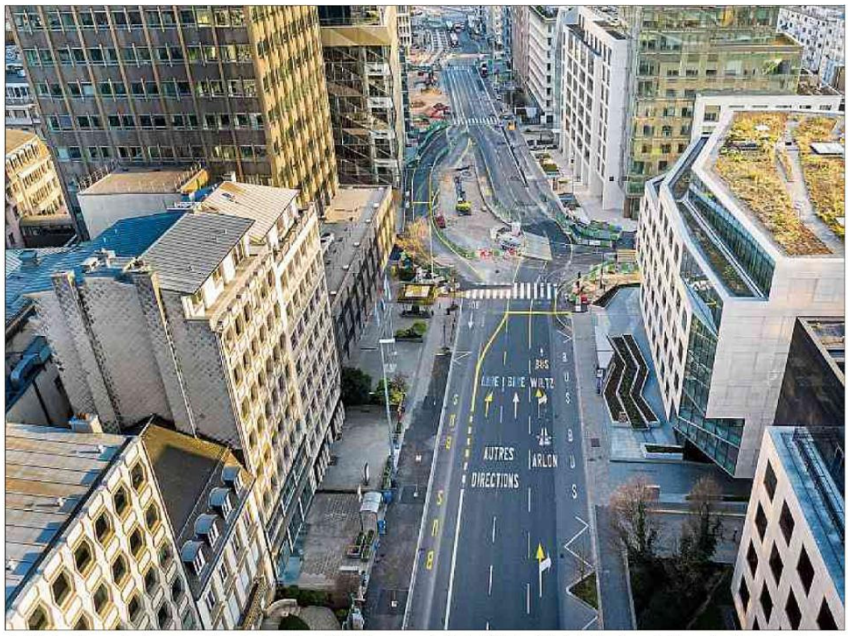
Von Marc Schlammes

Wohl kaum ein Dossier hat jüngst den Ressourcenverbrauch derart offensichtlich vor Augen geführt wie Fage. Mittlerweile ist die griechische Joghurtfabrik in Luxemburg Geschichte – die Frage nach einem nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen wartet aber weiter auf angemessene Antworten. Antworten, die der Nachhaltigkeitsrat nun liefern will.

Diese Hausaufgabe hat sich der Conseil supérieur pour un développement durable (CSDD), der die vergangenen Jahre quasi im Dornröschenschlaf verbrachte, gestellt: Man will „in den kommenden Monaten in einem gemeinschaftlichen Prozess mit den zentralen Akteuren der Luxemburger Gesellschaft den luxemburgischen Fußabdruck analysieren, reelle Einsparpotenziale und mögliche Handlungsalternativen aufzeigen sowie notwendige politische Entscheidungen diskutieren".

Ein Land, acht Erden

Für den CSDD drängt sich diese Hausaufgabe mit Blick auf den ökologischen Fußabdruck Luxemburgs auf. Während der „Earth Overshoot Day", also jener Tag, an dem die Welt die jährlich verfügbaren, regenerierbaren Ressourcen aufgebraucht hat, in diesem Jahr am 22. August war, hatte Luxemburg seinen „Overshoot Day" bereits am 16. Februar erreicht – und ab diesem Tag auf Kosten kommender Generationen gelebt.



Autofrei und menschenleer: Luxemburg im Lockdown 2020. Der coronabedingte Stillstand ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass das Land mit Blick auf den Verbrauch an Ressourcen über seine Verhältnisse lebt. Fotos: Pierre Matgé, Guy Wolff

> *Das Bevölkerungswachstum hat besonders nach 1985 zugenommen und beschleunigt sich seitdem laufend, derzeit um 12 000 Einwohner pro Jahr.*
> Aus dem CSDD-Bericht

In einem Bericht im Auftrag des Nachhaltigkeitsrats berechnet das Institut fir Biologësch Landwirtschaft an Agrarkultur Luxemburg (IBLA), dass für den luxemburgischen Ressourcenverbrauch acht Erden benötigt werden. Zum Vergleich: Der weltweite Hunger nach Ressourcen verschlingt 1,69 Planeten, gemessen in globalen Hektar. Der CSDD spricht von einem „katastrophalen Bild", insbesondere beim Hunger nach Energie, der 4,75 Planeten oder 7,75 globale Hektar pro Kopf benötigt. Gleichsam betont das beratende Gremium, „dass jede einzelne Person zu einer nachhaltigeren Gesellschaft beitragen kann, indem sie ihre eigenen Konsum- und Lebensgewohnheiten überdenkt und ändert". Als ein Beispiel wird der Fleischkonsum genannt, der allein schon 0,65 Planeten entspricht.

Luxemburgs große Herausforderung bleibt dabei das Wachstum. Demografisch, wirtschaftlich, sozial und ökologisch. Seit 1960 hat sich die Bevölkerung quasi verdoppelt, von 313 050 auf 613 894 Einwohner (2019). Doch während dieses Wachstum einerseits die Finanzierung der Sozialleistungen gewährleistet, belastet es andererseits die Biokapazität, das heißt, die Fähigkeit der Ökosysteme, sich zu erneuern. Und so wiederholt der Nachhaltigkeitsrat die nicht neue Erkenntnis, dass die Absicherung der Sozialleistungen vom Wachstumsmodell entkoppelt werden soll und nennt als mögliche Lösungsansätze ein großregionales Vorgehen, das „PIB du bien-être" oder die Heimarbeit.

„Katastrophales Bild": Laut CSDD entspricht Luxemburgs Energiehunger dem Verbrauch von 4,75 Planeten.

Zahl des Tages

800 000

Die gesamte Biokapazität des Luxemburger Territoriums beträgt 2018 lediglich etwa 800 000 globale Hektar, das bedeutet eine Abnahme von zehn Prozent in zehn Jahren.

Energieleistung

Die detaillierte Aufschlüsselung auf die Bereiche Energie, Ernährung, Konsum und Mobilität liefert Erkenntnisse, ob und wo es zielführend ist, die Hebel anzusetzen, um den großherzoglichen Fußabdruck zu reduzieren.

Beispiel Energie. Die Dienstleistungsbranche, Luxemburgs wichtigstes wirtschaftliche Standbein, verbraucht mehr Energie als sämtliche Haushalte und fast so viel Strom wie die Industrie. Und die Kombination zwischen Energieverbrauch und Mobilität zeigt, dass der Treibstoffexport – Stichwort Tanktourismus – dem Verbrauch von etwa 1,75 Planeten entspricht und dass die hohe Aktivität und Attraktivität des Flughafens – für den CSDD vor allem das „gut funktionierende Cargocenter" – 0,7 Planeten kostet. Große Hoffnungen, eine Kurskorrektur zu schaffen, setzt der Nachhaltigkeitsrat um seinen Präsidenten Romain Poulles daher in die Dekarbonisierung der Wirtschaft. Der nationale Energie- und Klimaplan, den die Regierung Mitte des Jahres angenommen hat, stelle dabei ein wesentliches Instrument dar, beispielsweise durch die Steigerung des Anteils an erneuerbaren Energien bei der Stromgewinnung.

Im Kapitel Mobilität bestätigt der Rat den enormen Energie- und Landschaftsverbrauch, Infrastrukturbedarf und Zeitverlust, der mit dem werktäglichen Pendeln zwischen Wohnort und Arbeitsplatz einhergeht. Abhilfe leisten können Digitalisierung und Homeoffice. Allerdings gibt der Bericht auch zu bedenken, dass der dafür notwendige Stromverbrauch aus erneuerbaren Ressourcen stammen sollte und die für die Heimarbeit erforderlichen gesetzlichen und sozialen Rahmenbedingungen geschaffen werden, „auch über die Grenzen hinweg".

Mit Blick über die Grenzen hinaus betont der Bericht den ökologischen Impakt der Zapfsäulen. Nach Berücksichtigung der Sondereffekte des Non-Resident-Tankens und des Konsums der Grenzgänger sei der Verbrauch an globalen Hektar immer noch doppelt so hoch wie in den Nachbarländern, heißt es.

Was den generellen Konsum an Gütern betrifft, dessen beachtliches Niveau das Dokument mit dem hohen Lebensstandard erklärt, besteht eine große Diskrepanz zwischen Ansässigen und Grenzgängern. Deren Verbrauch schlägt bloß mit 0,13 Planeten zu Buche – gegenüber 1,12 Planeten für die Einwohner. Kreislaufwirtschaft, Dematerialisierung und Recycling sind folglich laut CSDD drei Pisten, auf denen der Fußabdruck geringer ausfällt.

Beim Lebensmittelverbrauch spricht sich der Bericht für eine Reduzierung des Fleischkonsums, die Förderung von regionalen und saisonalen Produkten sowie den Auf- und Ausbau von derzeit defizitären Produktionszweigen aus.

▸ **www.csdd.lu**

> *Es geht darum, ohne Schuldzuweisungen alle Kräfte zu mobilisieren, um einen zukunftsfähigen Standort Luxemburg zu entwickeln.*
> Aus dem CSDD-Bericht

Stärkere Einbindung gefordert

Umfrage zum Verhältnis zwischen Syvicol und Gemeinden veröffentlicht

Von Glenn Schwaller

Der Syvicol präsentierte gestern die Ergebnisse einer im Juni und Juli dieses Jahres durchgeführten

dien vergleichsweise wenig Beachtung erhalten. Dies sei jedoch laut Kissen darauf zurückzuführen, dass diese Angebote erst kurz vor

ausforderungen steht die Koordination gemeinsamer Maßnahmen zwischen den Gemeinden an erster Stelle. Die Bewältigung der Co-

Editorial

Un cadre oui, un carcan non

Par Nadia Di Pillo

Que le Premier ministre veuille tirer les leçons de l'échec Fage se comprend tout à fait. Que le gouvernement veuille des règles claires qui

Juli dieses Jahres durchgeführten Studie, die das Verhältnis zwischen dem Dachverband der Gemeinden und seinen Mitgliedern untersucht. Dafür wurden alle 1 120 gewählten Mandatsträger der 102 luxemburgischen Gemeinden dazu aufgefordert, an der Umfrage teilzunehmen, um ihre Ansichten und Forderungen äußern zu können.

Obwohl nur rund 35 Prozent der angeschriebenen Personen an der Umfrage teilgenommen haben, sprachen sowohl Syvicol-Präsident Emile Eicher (CSV) als auch Carlo Kissen vom Marktforschungsinstitut Quest von einem sehr respektablen Wert. Vor allem die aktuell durch die Corona-Pandemie bedingten Einschränkungen hätten einen näheren und direkteren Austausch mit den Mitgliedern unmöglich gemacht. Dennoch habe man zumindest aus jeder der insgesamt 102 Gemeinden jeweils mindestens eine Rückmeldung erhalten.

Aus den veröffentlichten Ergebnissen geht unter anderem hervor, dass sich rund drei Viertel der Befragten gut oder sehr gut über die Arbeit des Syvicol informiert fühlen. 25 Prozent gaben jedoch an, nicht oder nur sehr wenig informiert zu sein. Ein Wert, bei dem es noch Luft nach oben gebe, so Kissen. So sei jedoch auch ein Unterschied in Abhängigkeit der Funktion zu erkennen: Bürgermeister und Schöffen sind im Schnitt besser informiert als die restlichen Gemeinderatsmitglieder. Gleichzeitig gaben über 80 Prozent der Befragten an, dass die Informationen klar und verständlich seien.

Die primären Informationsquellen stellen dabei die Medien wie Zeitungen und Fernsehen dar, während die hauseigene Smartphone-Applikation sowie der Syvicol-Auftritt in den sozialen Medien Durchführung der Studie ins Leben gerufen wurden.

Transparent und kommunikativ

Zufrieden zeigten sich die Verantwortlichen mit dem Umstand, dass über 70 Prozent der Mitglieder das Syndikat als transparent und kommunikativ beschrieben. Jedoch bemängelten fast 30 Prozent der Befragten die fehlende Nähe zwischen dem Syvicol und seinen Mitgliedern. Dies sei eine Schwachstelle, die es zu verbessern gelte, mahnte Kissen an.

Ein weiteres Ergebnis der Umfrage: Die Mitglieder wünschen sich verbesserte Angebote im Bereich der Weiterbildung. So gaben beispielsweise rund neun von zehn Befragten an, ihr Wissen über aktuelle Gesetzgebungsverfahren, die die Gemeinden betreffen, vertiefen zu wollen. Ein Weiterbildungsprogramm sei demnach auch in Ausarbeitung, so die Verantwortlichen.

Zudem wünschen sich die politischen Mandatsträger auf kommunaler Ebene einen verbesserten Austausch zwischen den Gemeinden auf Basis einer elektronischen Plattform oder in gemeinsamen Workshops.

Auf die Frage, worin die Mitglieder die primäre Aufgabe des Syvicol sehen, antworteten über 80 Prozent, dass die Vertretung und Verteidigung der kommunalen Interessen auf nationalem Niveau die oberste Mission sei. An zweiter Stelle folgt die Weiterbildung und das Informieren der Mitglieder. In Bezug auf die zukünftigen Herausforderungen anbelangt, steht die Wohnungsproblematik an erster Stelle, gefolgt von der Mobilität und der Vereinfachung des Verwaltungsaufwandes. An vierter Stelle folgt die Raum- und Umweltplanung. Auch die kommunalen Finanzen, welche durch die im Zuge der Corona-Krise eingebrochenen Einnahmen und gestiegenen Ausgaben in Mitleidenschaft gezogen wurden, sehen die Mitglieder als wichtige Herausforderung, bei der sie sich Unterstützung vom Dachverband der Gemeinden wünschen.

Des Weiteren unterstrich Eicher, dass sich 91 Prozent der Mitglieder dafür aussprachen, dass der Syvicol in alle Gesetzesprojekte eingebunden werden müsse, die die Kommunen betreffen. Eine Forderung, die schon seit Längerem vonseiten des Dachverbandes der Gemeinden geäußert wird, bisher jedoch noch nicht umgesetzt wurde.

Zur Diskussion über die Abschaffung der Doppelmandate auf kommunaler und nationaler Ebene verwies die Vizepräsidentin des Syvicol, Lydie Polfer (DP), auf die Wichtigkeit, die diese für die Kooperation zwischen Gemeinden und Parlament hätten. Sollten diese Doppelmandate wegbrechen, bräuchte es ein neues institutionalisiertes Instrument, um die Belange der Gemeinden auf Landesebene äußern zu können. „Das Parlament muss ein offenes Ohr für die Gemeinden haben."

> *Das Parlament muss ein offenes Ohr für die Gemeinden haben.*
> **Lydie Polfer, Syvicol-Vizepräsidentin**

Die Gemeindevertreter betrachten die Situation auf dem Wohnungsmarkt als eine der größten Herausforderungen für die Zukunft. Foto: Guy Jallay

soient partagées par les différentes administrations aussi. Mais attention de ne pas tomber dans un excès de réglementation et de critères qui pourrait se révéler contre-productif. Contrairement aux idées reçues, la réglementation luxembourgeoise est loin d'être vierge en la matière. Faut-il rappeler que le pays est doté d'une loi ambitieuse sur les établissements classés et la protection de l'environnement, loi qui porte sur les procédures commodo/incommodo? Cette loi indique que les autorisations d'établissements classés tiennent compte des «meilleures techniques disponibles» et des valeurs limites d'émission qui leur sont associées afin de promouvoir un développement durable.

Si un cadrage des règles est souhaitable, une surabondance, voire une hiérarchisation de critères pourraient, d'une certaine manière, effrayer les investisseurs potentiels. Multiplier ou s'acharner sur des critères alors que les contraintes administratives et réglementaires en place sont déjà en constante augmentation, c'est le meilleur moyen de faire fuir les acteurs étrangers.

Un Etat trop dirigiste n'est pas la solution.

L'une des particularités du «recadrage» qui va s'effectuer, c'est qu'il s'agira de trouver un juste équilibre entre les critères de productivité et les contraintes environnementales. Un exercice difficile et périlleux, comme l'a montré l'exemple Fage justement. Si la dimension écologique a été omniprésente dans le débat public, la création d'emplois et les aspects économiques ont été largement oubliés. Les optimistes veulent y voir un progrès, les intérêts de l'économie ayant trop souvent primé sur l'écologie. Pour d'autres, en revanche, il est temps de revenir à un plus juste équilibre entre les trois piliers du «développement durable», à savoir l'environnemental, l'économique et le social. A l'évidence, même si on nous répète depuis des années que les enjeux écologiques et économiques peuvent aller de pair, ce principe se heurte bien souvent à la réalité du terrain. Economistes et environnementalistes entretiennent bien souvent des rapports plus conflictuels que coopératifs: les premiers ne jurent que par le développement économique, les seconds fustigent un productivisme prédateur et sonnent l'urgence de freiner la destruction de notre milieu de vie. Les politiques, appelés à trancher, peinent à réconcilier les deux camps.

Dans ce contexte, un Etat trop «dirigiste» n'est pas la solution. La puissance publique devrait plutôt porter ses efforts sur la création de conditions-cadres macroéconomiques dans lesquelles l'industrie luxembourgeoise peut prospérer. Cela passe par l'innovation, une R&D intégrant les exigences d'une croissance durable, une logistique performante et des infrastructures de haut niveau, la réduction de la bureaucratie, une prévisibilité et une stabilité réglementaires à long terme. Cela passe aussi par la participation de toutes les parties prenantes, y compris les partenaires sociaux, les collectivités territoriales et les représentants de la société civile. C'est à l'aune de ces critères-là que doit être jugée la politique industrielle du gouvernement.

Contact: nadia.dipillo@wort.lu

Heute auf wort.lu

Zurück ins Rampenlicht

Das lange Warten hat ein Ende: Auch wenn es längst keine Rückkehr zur Normalität für das hauptstädtische Atelier bedeutet, lädt es morgen zum Konzert von Hania Rani – und zwar nach Düdelingen. Laurent Loschetter und Michel Welter erklären wieso. (20 Uhr)

Luxemburger Wort